

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordienstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordienstraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Zuth, Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Jede Arbeit, mag sie noch so niedrig, beliebt oder unbeliebt sein, mag sie Kopf oder Hand in Anspruch nehmen, ist als sittliche Pflicht und Vorbedingung wahren Lebensglücks aufzufassen und in Ehren zu halten.

v. Böhmert.

## Durch Arbeit zur Siedlung und Brot.

Die Folgen des unglücklichen Ausganges des Krieges werden für unser Wirtschaftsleben von tief einschneidender Wirkung bleiben. Selbst wenn man allen Pessimismus beiseite läßt, kommt man bei klarer Ueberlegung doch zu der Erkenntnis, daß die Industrie keine Aussicht hat, in absehbarer Zeit wieder ihre frühere Blüte zurückzuerlangen und die Zahl der Arbeitskräfte wieder einzustellen, welche sie früher beschäftigte. Unter diesen Umständen ist die Frage der Rückführung eines Teiles der industriellen Arbeitskräfte zum Lande, die Frage der ländlichen Ansiedlung, von großer Bedeutung. Die Regierung hat in Erkenntnis dieser Tatsachen bereits Siedlungsverordnungen erlassen, welche in hunderttausenden von Herzen die frohe Hoffnung erwecken, nunmehr bald die ungesunden Lebensverhältnisse der Großstädte hinter sich belassen zu können und ihr Brot bei, wenn auch schwerer, so doch bei gejungerer Arbeit auf eigener Scholle bauen zu können. Und in der Tat haben die beiden Siedlungsverordnungen, sowohl die des Reiches wie die Preussens, dem Staat die Möglichkeit an die Hand gegeben, Siedlungsland in vorläufiger mehr wie ausreichendem Maße zu erlangen. Schwierig wird allerdings das Problem der finanziellen Lösung der Frage werden, da bisher wenigstens noch nieörtert ist, wer das Geld zur Ausübung des Verkaufsrrechtes geben wird.

Aber mit der Beschaffung von Siedlungsland allein ist es nicht getan. Wo gesiedelt werden soll, muß Ackerbau und Viehzucht getrieben werden können, wo letztere gedeihen sollen, müssen — wenn auch die allerprimitivsten — Wirtschaftsgebäude vorhanden sein. Selbst der denkbar anspruchsvollste Ansiedler muß wenigstens eine einigermassen wetterfeste Scheune zur Verfügung haben, um seine Ernte und sein Nutzvieh unterbringen und sich und seine Familie unter Hintanziehung aller persönlichen Ansprüche ein Fleckchen zum Wohnaufenthalt abschlagen zu können. Bei unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist aber garnicht daran zu denken, daß wir in absehbarer Zeit eine Bautätigkeit in nennenswertem Umfange aufnehmen können. Zum Bauen gehören Bauholz und Bausteine. Zur Herstellung der letzteren gehören Kohlen, Kohlen und nochmals Kohlen. Zur Förderung und Beförderung von Kohlen gehören die Beschaffung von Maschinen, Geräten und vor allem Dingen von Transportmaterial. Zu allem aber gehört Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Solange wir unfähig oder unwillig sind, die Arbeit auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens in vollem Umfange und mit gesteigerten Kräften wieder aufzunehmen, solange ist an eine Durchführung der Siedlungsanfrage in größerem Maßstabe nicht zu denken. Denn nicht nur die Wiederaufnahmemöglichkeit der Bautätigkeit spielt in der Siedlungsfrage eine entscheidende Rolle, sondern sie steht auch im engsten Zusammenhange mit der Wiederbelebung anderer Industriezweige. Der deutsche Boden ist bekanntlich durch den durch den Krieg hervorgerufenen Mangel an Natur- und Kunstdünger, an Arbeits- und Spannkräften zum Teil raubbaumäßig ausgezogen. Dazu stellt die durch die Aufteilung bedingte völlig veränderte Fruchtfolge vermehrte Ansprüche an die Produktionskraft des Bodens. Der Boden aber kann diese Kraft nur durch intensivste Bearbeitung und reichliche Zufuhr von Kunstdünger aufbringen. Auch hierzu ist wieder Arbeit nötig, Arbeit in den Sticksstoff- und Kaliumwerken, Arbeit in den Kollereien, Gasfabriken und Sättmwerken zur Erlangung von Phosphatdüngern, Arbeit in den Maschinen- und Gerätefabriken zur Erlangung des Materials zur vermehrten Bodenbearbeitung, und vor allen Dingen wieder intensivste Arbeit in den Bergwerken und Eisenbahnwerkstätten, denn auf eine Kohlen- und Transportmittelfrage laufen schließlich alle wirtschaftlichen Fragen hinaus.

Aber nicht nur die Siedlungsfrage, sondern in weit schlimmerem Maße ist unsere ganze Ernährungswirtschaft durch die immer weiter um sich greifende Stilllegung der Arbeit in Deutschland bedroht. Wir müssen uns doch endlich darüber klar werden, daß trotz bewilligter Einfuhr von Lebensmitteln seitens der Entente, die wir teils mit Geld, überwiegend aber mit Arbeit bezahlen müssen, das Gespenst des Hungers in geradezu beängstigender Weise näher rückt.

Was uns helfen und retten kann, ist nur Selbsthilfe, und Selbsthilfe kann in diesem Falle nur Arbeit sein. Wiederbelebung der Arbeit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, vornehmlich im Kohlenbergbau, in der Eisenindustrie, den Transportmittelwerkstätten und der Landwirtschaft wird allein in stande sein, uns ausreichende Ernährungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Entente wird uns voraussichtlich erbarmsungslos verhungern lassen, wenn wir für die uns in Aussicht gestellten Nahrungsmittel nicht entsprechende Gegenwerte an industriellen Erzeugnissen schaffen können, und unsere Landwirtschaft kann nicht erzeugen, wenn ihr nicht durch intensivste Arbeit die notwendigen Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Darum ist Streit und Latenlosigkeit Hunger, nur Arbeit allein bringt Brot.

## Eine bedeutsame Rede in Weimar.

II.

Nur auf eine Tatsache möchte ich hinweisen. Deutschland hatte vor dem Kriege einen Fleischgenuß von 1 kg pro Kopf und Woche. In dem letzten Kriegsjahr mußte sich das deutsche Volk mit wöchentlich 250 gr, also mit dem vierten Teil, begnügen. Ich glaube nicht daran, daß das deutsche Volk in absehbarer Zeit sich wieder 1 kg Fleisch pro Woche auf den Kopf seiner Bevölkerung leisten können. Das deutsche Volk wird vielmehr seine Ernährung auf längere Zeit übrigens auf Mehl, Kartoffeln, Fett und Hülsenfrüchte einstellen müssen.

Am Fernerbau und Kartoffelbau, den wir künftig verstärkt benötigen, war in der Vergangenheit der landwirtschaftliche Großbetrieb leistungsfähiger als der Mittel- und Kleinbetrieb. Hier wird mit der Enttächtigung der Landwirte, mit teilweiser Umstellung unserer Wirtschaft, mit Zuhilfenahme des Genossenschaftswesens u. a. in Ausgleich herbeigeführt werden müssen. Wenn der landwirtschaftliche Mittel- und Kleinbetrieb selbst alles das verzehren würde, was er produziert, dann wäre damit dem deutschen Gesamtvolke nicht geholfen.

Die Zerrüttung des Arbeitsgeistes — die schwerste Gefahr für unsere Wirtschaft.

Weiter wird der deutsche Arbeitsgeist und Ordnungssinn wieder mit Nachdruck gepflegt werden müssen. In den Millarden, die verschleudert wurden, sehe ich nicht die schlimmste Begleitercheinung der Revolution. Im Hinblick auf die Struktur der deutschen Volkswirtschaft, die eine überwiegend industrielle ist, sehe ich als schlimmste Begleitercheinung der Revolution die Tatsache, daß der deutsche Arbeitsgeist eine gewaltige Zerrüttung erlitten hat. In einem überwiegend industriellen Lande müssen die wirtschaftlichen Fernwirkungen der Revolution ganz naturgemäß sehr viel tiegreifender sein als in dem ohnedem agrarischen Frankreich und in dem gegenwärtig noch überwiegend agrarischen Rußland.

Es wird baldigt ein gegenseitiges Abstimmen der Löhne und der Preise der Bedarfsartikel herbeigeführt werden müssen. Wenn die Politik der letzten Monate weiter verfolgt wird, dann bedeutet das hohe Löhne für Tage, aber Arbeitslosigkeit und Hungersnot für Monate und Jahre. Nicht überall herrscht Arbeitsmangel. In vielen Bezirken, insbesondere auch im Westen Deutschlands, wollen mindestens 90% aller Arbeiter arbeiten.

Wir begrüßen daher die Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Herrn Wehrministers, nach denen dort kräftig zugepackt werden soll. Wenn das Ruhrrevier nicht bald zur Ruhe gebracht wird, ist der größte Kohlen- und Eisenbezirk Deutschlands vernichtet. Die Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben wären unübersehbar.

Pflege des nationalen Geistes.

Weiter wird auch die Pflege des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls des deutschen Volkes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nicht zu entbehren sein. Breite Kreise des deutschen Volkes befürchten nach dem Kriege eine starke Auswanderung und zwar der

geistigen Intelligenzen, der Ingenieure, Chemiker, Techniker, Qualitätsarbeiter. So besteht die Gefahr, daß das deutsche Volk wieder erneut zum Kulturbringer für fremde Nationen gebraucht wird. Dagegen ist einmütiges Zusammenstehen des deutschen Volkes nötig. Die geistige Intelligenz darf das deutsche Volk in seiner schwersten Schicksalsstunde nicht ohne äußerste Not verlassen, nicht deshalb, weil vorübergehend im Ausland jährlich einige 1000 Mark mehr als in der Heimat verdient werden können.

Dringende Einzelfragen der Sozialpolitik.

Erst dann, wenn die Voraussetzungen für eine Neufundamentierung unserer Wirtschaft getroffen sind, besteht die Möglichkeit für eine ernsthafte zielbewußte Sozialpolitik. Diese wird zunächst einzuzeigen müssen mit einer verstärkten

Pflege der Volksgesundheit.

Zwei Millionen der geistig und körperlich tüchtigsten Kräfte sind infolge des Krieges nicht mehr unter den Lebenden. Zeugungskraft und Gebährfähigkeit sind infolge mehrjähriger Unterernährung zurückgegangen. Insbesondere sind Kinder und Frauen bedeutend geschwächt. Verstärkter Schutz und Fürsorge muß daher bei ihnen zuerst einzuzeigen. Zuerst durch zweckmäßige

Organisation unserer Ernährung,

durch Milch, Fett, Mehl, Hülsenfrüchte u. a. Wir werden nicht plötzlich wieder volle Freiheit in unsere Ernährungswirtschaft einführen können. Sowohl unsere Innenwirtschaft wie unsere Einfuhr wird noch einige Zeit reguliert werden müssen. Unsere einheimische

Agrarproduktion

wird mit allem Nachdruck gesteigert werden müssen, insbesondere in den einweisshaltigen Massenernährungsmitteln Inbezug auf

die Warenverteilung

werden wir wohl auf manche Bequemlichkeiten von früher verzichten müssen. Es wird nicht mehr gehen, daß, wie früher, in ein Haus, in dem 18 Familien wohnen, sechs und mehr Milchhändler die Milch bringen. Es wird nicht mehr angängig sein, daß in einer Straße ein Dutzend Gemüse- und Spezereivarenhandlungen sich werden halten können. Bei der Neuordnung der Warenverteilung muß der solide Kaufmannsstand selbstverständlich mit herangezogen werden müssen, damit alle vermeidbaren Härten hintangehalten werden.

Wir haben uns klar einzuprägen, daß der Krieg und die Revolution auch an den

Landarbeitern

nicht schuldlos vorbeigegangen ist. Ihr Selbstbewußtsein ist bedeutend gestärkt worden. Sie wollen künftig, insbesondere in den Bezirken mit Großlandwirtschaft, besser wohnen, höhere Löhne und geregeltere Arbeitsbedingungen haben. Das hat aber auf der anderen Seite zur Folge eine Verteuerung der Agrarproduktion, eine Tatsache, die für die ärmere städtische Bevölkerung sehr unangenehm wirkt. Daher wird auf anderen Gebieten ein Ausgleich herbeigeführt werden müssen. Das wird nur möglich sein durch Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. Das hat zur Voraussetzung: Ausbau der Abzogenossenschaft u auf dem Lande, Zusammenfassung des Lebensmittelhandels und der Verbraucher zu Bezugs- und Verteilungsgenossenschaften in den Städten. Auf dem Gebiete der einheimischen Agrarproduktion, des Lebensmittelverkehrs und der zweckmäßigen Warenverteilung stehen wir jedenfalls vor gewaltigen volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben.

Neben der Pflege des Ernährungswesens wird die Fürsorge für die Volksgesundheit

einzuweisen haben auf dem Gebiete der Wohnungspolitik, die sich auf Stadt und Land zu erstrecken hat.

Auf dem Lande

wird bei der Ausbreitung des Siedlungswesens möglichst Musterhaftes geschaffen werden müssen und wohl auch geschaffen werden. In den von den Russen verwüsteten ostpreussischen Gebieten ist bei dem Wiederaufbau schon sehr viel Gutes geschaffen worden.

In der Stadt

liegt die Wohnungsfrage voraussichtlich in den nächsten Jahren sehr viel schwieriger. Ich zweifle daran, daß wir in absehbarer Zeit in den Großstädten allein 13 Millionen Menschen werden beschäftigen und ernähren können. Es dürfte vielmehr eine Entvölkerung der Großstädte eintreten. Der Wohnungsneubau in den Großstädten wird also für längere Zeit ein beschränkter sein. Es werden daher die schlechtesten und ungesunden Wohnungen geschlossen und größere Wohnungen zu Kleinwohnungen umgebaut werden müssen. Es geht nicht mehr, daß



Die kinderreichen Familien

Weiter meist in den schlechtesten und ungesundesten Wohnungen hausen müssen. Dem Kleinwohnungsbaue wird vielmehr durch Reich, Bundesstaaten und Gemeinden und durch Baugenossenschaften eine sehr viel größere Sorgfalt als ehedem zugewendet werden müssen.

Fürsorge für das Kind

einzuweisen haben. Der großen Kindersterblichkeit wird mit Nachdruck entgegengetreten werden müssen. Auch für den Mutterchutz

wird das deutsche Volk auf die Dauer sehr viel größere Aufwendungen machen müssen, als in der Vergangenheit.

Die Kosten dafür

würden nicht allein den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern in den Krankenkassen und Invalidenversicherungsanstalten aufgelegt werden. Auch der

Schutz der verheirateten erwerbstätigen Frau wird zu verstärken sein. Dasselbe gilt für die heranwachsende erwerbstätige Jugend. Die Kosten, die ein Volk für seinen Gesundheitsschutz aufbringt, sind werbendes Kapital. Das haben die letzten Jahrzehnte bereits ausreichend bewiesen. Damit darf auch in der Zukunft, trotzdem Deutschland arm ist, nicht zurückgehalten werden. (Fortsetzung folgt.)

Unsere Volksernährung

steht vor dem Zusammenbruch. Wenn unsere Landwirtschaft nicht alle Reserven herausgibt, und wenn uns unsere Gegner nicht bald mit den nötigen Lebensmitteln versehen, dann werden noch Tausende und Abertausende den Hungertod erleiden müssen. Man darf nicht daran denken, in welche Situation wir im Juni und Juli geraten, wenn uns nicht bald Hilfe wird. Ist es nicht verbrochenerisch gehandelt, wenn in dieser Situation landwirtschaftliche führende Organe mit der Möglichkeit eines Streiks der Landwirtschaft spielen? Die „Deutsche Tageszeitung“, „Die Post“ und andere gehören zu denjenigen, die in der letzten Zeit die Möglichkeit eines Streiks der Landwirte an die Wand malen und erklären, daß derselbe unter Umständen sogar zu einem moralischen Zwang werden könnte. Dr. Hoffmann, der Führer des Bundes der Landwirte, ist in die gleiche Kerbe. Herr von Oberburg-Januschke, der uns aus dem Kriege noch zur Genüge bekannt ist, hat ebenfalls in unverantwortlicher Weise zum Streik geraten. Man tut das mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeiter ja auch streiken. Zunächst ist ein Unterschied zu machen zwischen dem Streik der Arbeiter und dem Streik der Landwirte. Streiken die Arbeiter, das bedeutet das nur einen Verlust der Produktion für die Tage des Streiks; streiken die Landwirte, dann kann damit unsere ganze Jahresproduktion gefährdet sein. Aber davon abgesehen. Die Arbeiter, die jetzt streiken, gehören größtenteils nicht den gewerkschaftlichen Organisationen an. Es sind unorganisierte, frühere Soldaten, es sind Spartakisten und revolutionäre Elemente, es sind Junkerhelfer oder Verbrecher, die durch ihre Brutalität allerdings auch einen Teil der verarbeitenden Arbeiter von der Arbeit fernhalten. Die Gewerkschaften haben gegen derartige Fälsche in letzter Zeit schon Stellung genommen, und sie werden das auch in Zukunft tun. Es wird den landwirtschaftlichen Führern nicht möglich sein, aus unseren Organen nachzuweisen, daß wir zum Streik gedrängt hätten. Das Gegenteil von dem ist richtig. Der Streik ist spontan entstanden durch den verlorenen Krieg, durch die Stimmung, welche besonders auch von landwirtschaftlicher Seite durch das Zurückhalten der Produkte und die Preistreiberien erzeugt worden ist. Er ist zurückzuführen auf die unläutersten Elemente, die jetzt glauben, Geschäfte machen zu können; er ist zurückzuführen auf die Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer, die bis kurz vor Ausbruch der Revolution ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt nicht aufgeben wollten, die durch die Drohung mit dem Schützengraben und andere Mittel die Löhne der Arbeiter niedrig hielten und ihnen ihre Rechte nahmen. Diese und andere Ursachen sind Schuld an den jetzigen Zuständen; die Gewerkschaften müssen jede Verantwortung ablehnen. Hätte man sie früher schon als gleichberechtigte Organisationen anerkannt, hätten die Unternehmer Tarifverträge mit ihnen abgeschlossen, mit den gewerkschaftlichen Führern verhandelt, hätten sie den Gewerkschaften nicht überall Schwereigkeiten gemacht und die gelbes Gebilde nicht großgezogen, hätte man schon vor Jahren eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen, wie sie jetzt glücklicherweise endlich zustande gekommen ist, dann hätte sich manches abmenden lassen. Anders ist es jedoch bei den Landwirten. Hier sind es die Führer, die die Stimmung erzeugt haben. Ein Dr. Heim, der dauernd gegen die Kriegsgesellschaften mit ihren Klubsellen gehetzt hat; ein Landrat von Dewitz, der der Meinung Ausdruck gab, die Bauern betrachten diejenigen, die ihre Söhne beurlauben, als Diebe; ein von Oberburg-Januschke, der in einem Brief an den deutschen Landwirtschaftsrat fortgesetzt von dem berechtigten Unwillen der Landwirte spricht; ein Graf von Schwerin-Schönau, der in die gleiche Kerbe hieb; ein Landwirtschaftsminister von Schulermeier, der die Landwirte auch zum Überhand aufreiste; ein deutscher Landwirtschaftsrat, ein Bund der Landwirte, eine Deutsche Tageszeitung, das sind diejenigen, die erst die Stimmung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung erzeugt haben. Bei der

gegen die jahrelang ungerechte Behandlung, gegen den Willen der Gewerkschaftsführer — diese werden sogar als „Bremser“ und „Einseifer“ bezeichnet — auf der landwirtschaftlichen Seite eine künstlich erzeugte Unzufriedenheit und eine indirekte Aufreizung zum Streik seitens der Führer und landwirtschaftlichen Organe. Es ist die höchste Zeit, daß die landwirtschaftlichen Blätter und Führer Umkehr halten. Durch ihre Methode werden nicht nur die Spartakisten in der Großstadt Anhänger gewinnen, sondern es werden auch Spartakisten in den Kreisen der Landwirtschaft erzeugt. Wenn es den Führern der Landwirte darum geht, daß das deutsche Reich nicht seinen Zusammenbruch erleidet, wenn sie, wie die Gewerkschaftsführer wünschen, daß wir bald wieder zur Ruhe und zu geordneten Zuständen kommen, wenn ihnen an dem baldigen Wiederaufbau des Deutschen Reiches liegt, dann müssen sie andere Wege beschreiten; aber es ist die höchste Zeit.

Wohnungswucher.

Die Wohnungsfrage (Mangel an Wohnungen, Mietsteigerungen usw.) ist in den meisten Städten zu einer Notfrage geworden. Deshalb haben die nachstehenden Ausführungen der „Verbrauchswirtschaft“, welche sich vorwiegend auf Berliner Verhältnisse beziehen, allgemeines Interesse. Die „Verbrauchswirtschaft“ schreibt: Ein Oberlehrer bewohnt in der Vederstraße in Berlin-Schöneberg seit langen Jahren eine einfach ausgestattete Wohnung von 5 Zimmern, zum Teil mehr Kammern als Zimmer, mit Zentralheizung, aber ohne Warmwasser, elektrische Lichtanlage und Fahrstuhl. Er bezahlte bisher 1350 M. Miete. Nunmehr wurde ihm gekündigt, obgleich der Kontrakt erst zum 1. Oktober abläuft. Der Wirt bietet ihm „unbequem abet dieser Kündigung“ 250 M. Barzahlung an, falls er die Wohnung bereits zum 1. April räumt. Da gleichzeitig eine bisher mit 1450 M. Miete bewertete gleichartige Wohnung im selben Hause für 2500 M. vermietet wurde, so steht bei neuem Abschluß des Vertrages eine Mietsforderung von mindestens 2400 M. zu erwarten, also eine Erhöhung um 1050 M. oder 78 Prozent. Das bereits angenommene Mietsteigerungsamt wird voraussichtlich den Vermieter zwingen, die Kündigung zurückzuziehen, aber auch die Mieterhöhung genehmigen, weil es als Norm den Satz von 500 M. für ein Zimmer mit Zentralheizung annimmt. Im Berliner Ortsteil Spargow 6 bis 70) M. Somit liegt der Beamte zwar nicht auf der Straße, aber er muß ein Drittel seines Gehaltes und der Feuerungszulage an den Vermieter, der seit Jahren keinerlei Reparaturen hat ausführen lassen, abtreten, seine sonstigen Wirtschaftskosten um mehr als 1000 M. kürzen. Wie soll das ein Haushalt mit mehreren heranwachsenden Kindern machen? Es droht in allen solchen Fällen (und der geschilderte ist typisch für eine breite Schicht unermöglicher, nur auf Beibehaltung angelegener Beamter) der bittere Mangel, schon in den notwendigsten Lebensbedürfnissen in Speise und Kleidung. Davon jolchem Treiben gewissenloser Hausbesitzer, die sich in den letzten Kriegsjahren längst glänzend lanziert haben, wenig anzusehen werden? Hat die sozialistische Regierung weder den Willen noch die Mittel, der Mietersteigerungstafel in die Hände zu fallen? Sind die Hausbesitzer gerade in dieser Zeit allmächtig, in der nun das Kommunalkonsumverbot der Hausbesitzer fällt und ihre Zahl in den Gemeindevorstellungen recht klein werden wird? Müssen wir wirklich so weit wie in Rußland kommen, daß die Marktheit zur alten Kleinigkeit herabstinkt, soll der zur Verzweiflung getriebene Beamte, dem Hausbesitzer und Händler jede lächerlich knappe Feuerungszulage sofort aus den Händen reißen, auch den Streikposten antun? Will man denn mit Gewalt die letzten Reste der staatlichen Ordnung ruinieren und alle Stände anarchischer Selbsthilfe überlassen? Am Ende dürften diese raffgierigen Hausbesitzer doch die ersten Opfer der Volkswut werden. Was soll der jetzematige Zimmerpreis von 300 M., wenn es nicht auf die Lage der Wohnung, die Größe, die Zimmer, das Alter des Hauses, Verhältnis von Mietern und Vermietern an? Sollte nicht die wirkliche Ausgabe der Vermieter für die Heizung festgesetzt und darnach die Mieterhöhung bemessen werden? Wir brauchen für die nächsten Jahre — und dann wird die Einrichtung vielleicht dauernd werden — eine Rechnungslegung der Hausbesitzer. Die kann sehr wohl nachgeprüft werden! Das Vermieten darf kein Konkurrenzberuf sein, weil es die elementarsten Lebensbedürfnisse, die Volksgesundheit, die Bevölkerungsfragen unserer volklichen Zukunft grundlegend angeht. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung dem Antrage des Mieterbundes Groß-Berlin, sämtliche Gemeinden Groß-Berlins zu Wohnbezirken zu erklären und demgemäß ihm die Kontrolle über alle Vermietungen zu übertragen, Folge gibt. Wenn die Hausbesitzervereinigungen nicht im wohlverstandenen eigenen Interesse die Beutegier des gewissenlosen Teils ihrer Mitglieder zügeln können oder wollen, so müssen die Regierungen die Gemeinden autorisieren, für die einzelnen Häuserblöcke Mieterauschüsse mit weitgehenden Vollmachten einzusetzen, bezw. wählen zu lassen. Es geht es nicht weiter, weder mit dem Miets-, noch mit dem Warenpreis- und Lohnsteigerungen. Ein Teil treibt den andern. Auf Miets- und Lebensmittelwertsteigerungen folgen Lohnsteigerungen, auf diese wieder Preissteigerungen. Am Ende steht der Bankrott, wenn die Regierung nicht endlich Preise, Mieten und Löhne gerecht fixiert!

Allgemeine Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland

hat sich infolge der eingetretenen warmen Witterung und der Wiederaufnahme der Notstandsarbeiten in vielen Teilen des Reiches gebessert. In der Landwirtschaft ist teilweise die Zahl der offenen Stellen rapide gestiegen, was in der Hauptsache auf den von einzelnen Demobilisierungskommissaren ausgesprochenen Zwang der Anmeldeung offener Stellen zurückzuführen ist. Trotzdem besteht das geringe Arbeitsangebot weiter. Statt den arbeitslosen Industriearbeitern, von denen sich manche für die Landwirtschaft eignen, angemessene Löhne und Bedingungen zugubilligen, verlangt die Landwirtschaft in immer steigendem Maße die Kriegsgefangenen zurück. In Süddeutschland, in der Rheinprovinz und in Westfalen ist der Bedarf nach Arbeitskräften nicht so groß. Auch im Bergbau zeigte sich bereits hier und da eine Nachfrage nach Kriegsgefangenen (!) Hier sind es zum Teil politische Gründe, die dazu geführt haben, daß einige bedeutende Hüttenwerke Arbeiter aus den Unruhebezirken nicht annehmen wollen. Sonst ist der Bedarf an Arbeitskräften im Bergbau noch immer sehr groß. Im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbau werden für den Monat März insgesamt 35 360 Arbeiter angefordert, davon 27 600 unter Tage, 3920 über Tage und 3040 Fuhrarbeiter. Auch im Braunkohlenbergbau ist der Arbeiterbedarf noch keineswegs befriedigt, wenn auch der Stand der Belegschaften vom Oktober 1918 erreicht ist. Hier scheitert jedoch die Unterbringung weiterer Arbeitskräfte vorläufig an der Unterkunftsfrage. In der Industrie liegen die Metallverarbeitung, die Industrie der Maschinen, Leder- und Papierindustrie, sowie die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, das Nahrungsmittelgewerbe und besonders die Textilindustrie noch immer daneben. Arbeitsgelegenheit in nennenswertem Umfang besteht eigentlich nur bei den Schuhmachern, Schneidern, Schreimern und Stellmachern. Eine entchiedene Wendung zum Besseren ist in verschiedenen Teilen des Reiches mit dem Eintreten der milden Witterung im Baugewerbe vor sich gegangen, doch hängt hier eine verstärkte Wiederaufnahme der Tätigkeit zu sehr von einer ausreichenderen Belieferung mit Ziegel- und sonstigem Baumaterial ab, das aber des Kohlen- bezw. Bekehrmangels wegen sehr schlecht zu beschaffen sein wird. Eine durchgreifende Besserung im Baugewerbe ist darum für die nächste Zukunft kaum zu erwarten. Aus Mitteldeutschland wird sogar berichtet, daß gelernte Facharbeiter, trotz offener Stellen in ihrem Beruf, wegen der hohen Löhne ungelernete Arbeit verrichten. (?) Auf dem Arbeitsmarkt der Kaufmännischen und technischen Angestellten ist durchgängig ein kleiner Rückgang der Arbeitslosenziffern unter den Männern festzustellen, dafür aber naturgemäß entsprechende Steigerung der Zahl der arbeitslosen Frauen. Der weibliche Arbeitsmarkt ist überhaupt nach wie vor durch ein Anschwellen der Arbeitslosenziffern gekennzeichnet. Die Arbeiterinnenentlassungen aus den Rüstungsbetrieben haben ihr Ende noch nicht erreicht. Ebenso geht die Ablösung der weiblichen Bürokräfte ständig weiter. Hinsichtlich der Unterbringung der arbeitslosen Frauen und Mädchen in Dienstboten-, Bau- und Wäschfrauenstellen treten nicht unerhebliche Schwierigkeiten in der Erscheinung. Der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist nach wie vor groß, ja wächst mit Eintritt des Frühlings noch wesentlich an. Das Angebot ist hier jedoch noch immer verhältnismäßig gering. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß in letzter Hinsicht eine Besserung eintritt. Nach wie vor Miedernot. Als die Reichsbelegungsstelle die Bezugsverpflichtung zunächst für Strümpfe, Handschuhe usw., später für die getrimmte Damen- und Mädchenoberbekleidung aufhob, glaubte mancher Optimist, daß nun genügend Kleiderstoffe vorhanden seien und daß mit dem genügenden Angebot gegenüber der Nachfrage auch die Preise erträglich für die nicht sehr reichen Bevölkerungskreise werden würden. Aber wie so oft in diesem Jahre sind es wieder die Bestimmungen, die recht behalten: Die Preise sind eher gestiegen als gefallen. Für ein Paar Frauenstrümpfe aus Baumwolle bezahlt man heute 25—36 M., solche aus Wolle sind schwer zu haben und kosten nicht unter 36 M. Für Stoppgarn (Zweit), das früher ungefähr 20 Pfg. kostete, wird der zehnfache Preis gefordert. Stützgarne, das vielfach zum Wäschestopfen verwendet wird und für das man noch in den ersten Kriegsjahren 7—10 Pfg. für eine Dode bezahlte, kostet heute 1.10 M. Kleider- und Mantelstoffe für Frauen kosten 60—140 M. Und wenn man den Verkäufer ganz bescheidenlich fragt, ob der Stoff denn auch etwas taue, so hört man in der Regel, daß irgendeine Garantie für Reinheit des Materials, für Haltbarkeit oder Farbeständigkeit nicht übernommen werden könne. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen fordert mit Recht, daß nicht nur über die hohen Lohnforderungen der Arbeiterchaft geredet und geschrieben, sondern daß auch nicht verschwiegen werde, welche Unsummen heute gerade für die doch einmal notwendig werdende Ergänzung der Kleidung aufgewendet werden müssen. Davon sollen Angehörige des Mittelstandes, wovon sollen die Beamten und die Mehrzahl der Arbeiter solche Ausgaben überhaupt ermöglichen? Wenn jede Stelle, jeder Produktionszweig immer auf den anderen wartet, bis der einmal anhängt mit dem Preisabfall, dann werden wir die Rückkehr zu einigermaßen vernünftigen Verhältnissen wohl nicht erleben. Vorläufig steht die Entwicklung ja nicht einmal still, sondern immer noch mehr der Welt der Unruhe. Preise steigen. Waszt niemand es, das Land festzuhalten?



Mehr Initiative der Gemeindevertreter aus dem Arbeiterstande.

Deutschland ist ein demokratischer Staat geworden. Darunter verstehen wir eine Regierungsform durch das Volk und für das Volk. Dem alten Bürokratismus macht man auf allen Gebieten den Garaus. Wenn aber die Reichsregierung auf demokratischer Grundlage aufgebaut ist, dann muß notwendigerweise diese Demokratisierung auch in der Provinz, sowie im Kreis und vor allen Dingen in der Gemeinde durchgeführt werden. Vielfach wird aber noch in den Gemeinden, und namentlich in den Landgemeinden, nach dem alten Schema weiter "regiert". Dazu schreibt uns ein Kollege von der Gemeinde M.-Glabbach-Land folgendes:

Nach einem Erlaß des Staatskommissars für die Demobilisierung müssen in allen Stadt- und Landkreisen Demobilisierungsausschüsse eingerichtet werden. Ob ein solcher für die Gemeinde M.-Glabbach-Land errichtet worden ist, ist nicht bekannt. Sicher ist, daß bis jetzt von seiner Tätigkeit noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist. In der Gemeinde sind die Aufgaben des Arbeitslosen-Fürsorgeausschusses von der Finanzkommission übernommen worden. Besieht man sich aber die Zusammensetzung derselben etwas genauer (Kaufleute, Fabrikanten und Landwirte), so versteht man, daß dabei nicht viel für die Arbeiter herauskommen kann. Hoflandsarbeiten wurden zwar eingerichtet, aber es werden vornehmlich junge Leute und Unverheiratete beschäftigt. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß eine Beschäftigung junger Leute auch seine Vorteile hat. In einer Zeit wie der heutigen soll man aber doch den verheirateten Leuten, namentlich kinderreichen Familienvätern oder alleinigen Familienernährern, den Vorzug geben. Das muß gesehen auch dann, wenn die Hoflandsarbeiten nicht besonders produktiv für die Gemeinde sich stellen sollten.

Ein Wort noch zur Lebensmittelversorgung. Ein schwieriges Problem, das soll durchaus nicht verkannt werden, aber wie daselbe in hiesiger Gemeinde gelöst wird, dürfte wohl einzig dastehen. Wie da noch führende Leute in der Gemeinde behaupten können, die Lebensmittelversorgung sei hier am besten geregelt, ist uns unverständlich. Zwar wird, und auch mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gemeinden in diesem Punkte von dem Kreisverbande abhängig seien, aber wenn man sieht, daß in anderen Gemeinden, die auch demselben Kreisverbande angehören, die Lebensmittelversorgung, wenn auch nicht gut, aber doch bedeutend besser ist als hier, dann muß man sich doch fragen, es muß irgendwo ein Mangel in der Organisation sein oder aber die hierfür in Betracht kommenden Leute verstehen nicht viel oder gar nichts von dieser Fort. Hinzu kommt dann aber auch noch, daß dieselben Leute, die hier für die Lebensmittelversorgung verantwortlich zu machen sind, sich auch im Verkehr mit dem Publikum einen Ton angewöhnt haben, der jedes Maß für Menschlichkeit vermissen läßt.

So ließen sich noch eine Reihe von Zuständen aufzählen, die alle bringend der Abhilfe bedürfen. Kundigt man sich bei den berufenen Gemeindevertretern nach den tieferen Ursachen dieser Erscheinungen, so erhält man fast immer zur Antwort: "Seit so und so lange ist schon keine Sitzung mehr gewesen und wir können nichts daran ändern." Wir wissen ja nun auch, daß die Rechte der Gemeindevertreter nicht allzu groß sind und daß man besonders während des Krieges mancherorts die Gemeindevertreter nicht oder doch nur ganz selten hat zusammentreten lassen, aber wir meinen, unsere Gemeindevertreter aus dem Arbeiterstande sollten einmal ganz energisch auf den Tisch des Hauses klopfen und auf Abhilfe drängen. Wer sich nicht mehrt, wird nicht beachtet und dementsprechend auch eingeschätzt. Und an unsere Kolleginnen und Kollegen möchten wir die bringende Bitte richten, sich bei den demnächstigen Gemeinderatswahlen ihre Kandidaten ganz genau anzusehen und nur solchen Leuten ihre Stimme zu geben, die auch den Willen und die Fähigkeit haben, die unteren Volksklassen zu schützen. Th. G.

Mittel zur Verhütung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft.

So war ein Artikel in Nr. 11 der "Textilarbeiter-Zeitung" überschrieben. Es wurde darin darauf hingewiesen, daß der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft auch auf die niedrigen Löhne zurückzuführen sei. Hierzu schreibt uns nun ein Kollege der Ortsgruppe Amern St. Georg: Soweit hier beobachtet werden konnte — anderwärts wird es wohl auch so sein — ist es in der Hauptsache die Lohnfrage, die die Arbeiter aus der Landwirtschaft zurückhält. Uns sind Fälle bekannt, wo Landwirte die Dienste fleißiger Arbeiter ablehnten, weil diese sich zu "hoch" bezahlen ließen. Und was hatten die Arbeiter an Lohn gefordert? Neben Beköstigung M. 2,50 pro Tag. In einem anderen Falle wollte ein Arbeiter bei einem Bauer als Diensthote wohnen. Der Bauer war froh, einen zuverlässigen Mann gefunden zu haben. Als aber die Lohnfrage angeschnitten wurde und der Mann M. 65,— für den Monat verlangte, da war mit dem Bauer nicht mehr zu reden. "Dann werde ich mich mit einem Jungen auseinsetzen", meinte er. Diese Beispiele sind durchaus nicht vereinzelt. Vergleicht man nun mit diesen Löhnen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, dann findet man leicht heraus, daß die Landwirtschaft sehr wohl in der Lage wäre, die Arbeiter den teuren Zeitverhältnissen entsprechend zu lohnen. Aber es fehlt in der Landwirtschaft vielfach an dem guten Willen. Dies bewiesen auch verschiedene Landwirte dadurch, daß sie von heimgekehrten Kriegern für den Zentner Kartoffeln M. 10,— verlangten, obwohl mit dem Vorstand des hiesigen Bauernvereins vereinbart worden war, daß

den Kriegern die Kartoffeln für denselben Preis zu überlassen wären, wofür sie im vergangenen Herbst bezogen wurden, nämlich für M. 6,— pro Zentner. Es muß hierbei noch in Betracht gezogen werden, daß M. 10,— für den Zentner Höchstpreis ist. Die Bauern gingen also bei der Preisbemessung der Kartoffeln für die heimgekehrten Krieger bis an die Höchstgrenze des Erlaubten. Jedenfalls sind derartige Dinge nicht dazu angetan, das gute Einvernehmen der einzelnen Erwerbsschichten untereinander, das wir in der gegenwärtigen Zeit so dringend bedürfen, zu fördern. Ausdrücklich soll hier festgestellt werden, daß es auch in Amern vernünftige Landwirte gibt, die ein soziales Gewissen haben. Aber in der Regel hört bei dem Bauer die Gemütlichkeit dann auf, wenn es ihm Geld kostet. Solange dies der Fall ist, wird auch mit dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft zu rechnen sein.

Aus unserer Industrie.

Die Regierung zu den Auskäufen der Textilindustrie.

Kürzlich erschien im "Reichsgesetzblatt" eine Verordnung über die teilweise Verbehalten der Zwangsbeschaffung in der Textilindustrie. Hierzu wurden nun von der Regierung Mitteilungen über den Stand und die Aussichten in der Textilindustrie veröffentlicht, denen wir folgendes entnehmen:

Bei Beginn des Krieges wurden 300.000 Ballen Baumwolle im Besitz der Industrie und 3.000 Ballen im Besitz des Bremer Handels vorgefunden. Bis zum Mai 1915 kam dieselbe Menge wie im Frieden auf Umwegen herein. Durch den Eintritt Italiens in den Krieg wurde diese Zufuhr abgeschnitten. Auch im Mai 1915 betrug der Vorrat nur 60.000 Ballen. In Belgien und in Polen erbeuteten wir 200.000 Ballen. Damit haben wir während des Krieges so handgehalten, daß die Baumwollindustrie noch etwa vom Dezember ab mit 4 bis 5 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt werden konnte. Im Frieden haben wir jährlich eine Million Tonnen Textilstoffe verarbeitet. Auf diese Menge ist unsere Industrie eingestellt. Im Kriege hat die heimische Wollschur jährlich nur 7000 Tonnen ergeben, die Flachsernte rund 20000 Tonnen, die Hanfernte 2000 Tonnen, im ganzen etwa 29000 Tonnen. Die Baumwollindustrie wurde im Kriege auch mit Kunstbaumwolle beschäftigt. Wir haben jährlich 33000 Tonnen davon erzeugt durch Sammlung von Lumpen usw. An Kunstwolle haben wir eine Jahresproduktion von 25000 Tonnen. Dagegen sind die hoffnungsvollen Schritte, eine heimische Pflanzenfaser zu gewinnen, bisher nur mit einem sehr mäßigen Resultat ausgestattet gewesen. Die Fasererzeugung hat im Jahre 1916 nur 200 Tonnen ergeben. Die Faserfabrikation, von Fasern, der sogenannten Stapelfaser, ist während des Krieges bis heute auf etwa jährlich 10000 Tonnen beschränkt worden. Weitergehende Schritte sind eingeleitet, diese Erzeugung noch erheblich zu steigern. Hier haben wir am besten Aussicht, daß wir im Fabrikationswesen eine Rolle bespielen können, die uns auch in Bezug auf Waren etwas ersetzt. Die Papierergänzung betrug 1910 0 Tonnen im Jahr.

Es erhebt sich für uns die Frage: Können wir überhaupt unseren Einfuhrbedarf bezahlen?

Man hat berechnet, daß sich der heutige Wert der benötigten Einfuhr auf 5 Milliarden pro Jahr gegen 1,4 Milliarden im Frieden pro Jahr stellen würde. Einen Wert von 5 Milliarden hätte aber unsere gesamte Rohstoffzufuhr vor dem Kriege. Es entsteht die Frage: Kann auf dem Wege der Rohstoffselbstbeschaffung fortgeföhrt werden? Die Frage ist nur mit Bezug auf die Stapelfaser zu bejahen. Hier handelt es sich um eine Faser, die als Beimischung zur Wolle und als Wollersatz eine Zukunft hat. Alle übrigen heimischen Fasern sind in Bezug auf Preise der Konkurrenz fremder Fasern unterlegen. Das Urteil in der Frage kann noch nicht als abgeschlossen gelten. Wir werden trotz aller Schwierigkeiten bis auf weiteres fortföhren müssen, die heimischen Rohstoffe zu vermehren.

Auf dem Industriegebiet mußte höchste Produktivität und höchste Rationalität angestrebt werden. Die Rationalität wurde bisher nur vom Standpunkt des einzelnen Unternehmers aus berücksichtigt. Das Prinzip der rationalen Arbeitsteilung wurde über den Haupten geworfen. Alles strebte nach Vielseitigkeit. Zu der vorbildlichen Spezialisierung der Produktion ist es bei uns nicht gekommen. Um die Leistungsfähigkeit zu entwickeln, wird der Gedanke erwogen werden müssen, ob es nicht möglich sein wird, eventuell durch gesetzlichen Zwang gleichartige Betriebe zusammenzuschließen. Den Arbeitgebern soll dabei möglichst ihre Initiative belassen bleiben. Die Frage der Einfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten wird wohl zu den größten Schwierigkeiten führen. Wir dürfen unsere Zahlungsmittel nicht dadurch vergeuden, daß wir fremde Fertigarbeiten aufnehmen. Hier tut sich die Frage auf, ob ein Schutz der heimischen Erzeugung erreichbar ist. Die deutsche Erzeugung wird ja sehr stark belastet sein. Die schwerste Belastung ist die, daß wir die Rohstoffe nicht in dem Umfang erhalten werden, in welchem unsere Industrie fähig wäre, sie zu verarbeiten, so daß die Betriebe nur einen Bruchteil ihrer Maschinen werden ausnutzen können. Das verteuert den Betrieb außerordentlich. Gewisse Generatursorten bleiben dieselben und verteilen sich auf ein geringeres Produkt. Zur Belastung gehört auch die Lohnentwicklung und der Achtstundentag, solange er nicht von anderen Nationen auch akzeptiert wird. Weniger wird es der Valutaunterschied sein, denn wenn deutsche Arbeit ausgeführt wird, wird sie mit der fremden Valuta bezahlt.

Kampf gegen den Schleichhandel im Wollgewerbe.

In seiner Sitzung vom 21. Februar 1919 hat der Gesamtausschuß der Reichswirtschaftsstelle für Wolle, der sich aus den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, der Konfektion, der Angestellten und Arbeitererschaft zusammensetzt, als die maßgebende Vertretung des deutschen Wollgewerbes einstimmig beschlossen, daß auf diesem Gebiet bisher von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung geföhrt Wirtschaft mit dem 1. März 1919 zu übernehmen und fortzuführen. Im gemeinsamen Interesse aller am Wollgewerbe Beteiligten werden die von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung bisher ergangenen Bekanntmachungen betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht am 1. März 1919 neu erlassen. Diese Bekanntmachungen, die auch die Wiederbeschlagnahme der Kunstwollgarne einschließen, sind im Reichsanzeiger veröffentlicht.

Die Reichswirtschaftsstelle für Wolle ist, um ihre Aufgabe zu erfüllen, genötigt und entschlossen, für Ordnung in der Wirtschaft zu sorgen und mit allen Mitteln rücksichtslos gegen den Schleichhandel vorzugehen. Es werden daher umfangreiche Revisionen sofort eingeleitet werden. Jeder, der gegen die Bekanntmachungen verstößt oder die Revisionen an der Ausübung ihrer Tätigkeit verhindert oder zu verhindern versucht, wird strafrechtlich verfolgt werden.

Da die Fortführung der Wirtschaft nur unter geordneten Verhältnissen möglich, andernfalls ihr Zusammenbruch unvermeidlich ist, ergeht an alle Beteiligten die Aufforderung, die Wiederherstellung der Ordnung mit allen Kräften zu unterstützen und die ernste Mahnung, Verstöße jeglicher Art unbedingt zu unterlassen.

Einführung der Zehnrechnung in der gesamten Textilindustrie.

Nach dem Vorbilde des Verbandes der deutschen Leinwandereien werden auch die übrigen Zweige des deutschen Textilgewerbes die bisherige Duzendrechnung durch die Zehnrechnung ersetzen.

Die Rentabilität der Textilindustrie

Ist auch im Jahre 1918 eine zum Teil gute gewesen, das beweisen die bisher veröffentlichten Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften:

Die Pausaer Tüllfabrik in Pausa verteilt 10% Dividende (im Vorjahre ebenfalls 10%).

Die Weidaer Futespinnerei und Weberei in Weida (Sachsen-Weimar), schüttet wie im Vorjahre 10% Dividende aus.

Die Sächsische Leinenindustrie-Gesellschaft in Freiberg in Sachsen erzielte einen Reingewinn von 224883 M. und verteilt wie im Vorjahre 15%.

Die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Kaufbeuren schüttet mit einem Reingewinn von 11860 M. ab. Die Aktionäre erhalten 6% Dividende.

Die Baumwoll-Feinspinnerei Augsburg verteilt 14% (im Vorjahre 14%) Dividende.

Nicht gut verdient hat die Baumwollspinnerei Muldenmoo. Sie verteilt wie im Vorjahre 12%. Sie hat einschließlich eines Vorrages aus dem letzten Jahre von 38180 M. einen Reinerdienst von 66757 M. Von dieser Summe waren 24000 M. als 12proz. Dividende an die Aktionäre verteilt, der anscheinliche Rest von über 40000 M. wird zu Rücklagen, Reserven und Anteilsunterstützungsfonds und 19200 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Trikotfabriken J. Schlieber A.-G. in Radolfzell erzielte einen Reingewinn von 167044 M. bei einem Aktienkapital von 2 Millionen. Im Vorjahre wurden 10% Dividende verteilt. Ueber die Verwendung des diesjährigen Reingewinns macht der Geschäftsbericht keine Angaben.

Die Leipziger Wollkammerei in Leipzig erzielte einschließlich eines Vorrages aus dem Vorjahre einen Reingewinn von 61319 M. Davon wird eine Dividende von 8% gezahlt und auf neue Rechnung 34139 M. vorgetragen.

Rogel, Bleicherei und Appreturanstalt A.-G. in Weichlitz verteilt 8% (im Vorjahre 8%) Dividende.

Färberei Glauchau A.-G. in Glauchau verteilt aus einem Reingewinn von 105231 M. 8% Dividende.

Sächs. Leinenindustrie-Gesellschaft vorm. Müller u. Hirt A.-G. in Freiberg i. S. verteilt aus einem Reingewinn von 24883 M. 15% Dividende (wie im Vorjahre).

Thüringer Wollgarnspinnerei A.-G. in Leipzig verteilt wie im Vorjahre 12%.

Die Hamstetter Spinnerei und Weberei erzielte einen Reingewinn von 158473 M. und verteilt 6% (im Vorjahre 6,3%).

Spinnerei und Weberei Schönau A.-G. in Zell i. W. verteilt von einem Reingewinn von 43297 M. eine Dividende von 5%.

Die Tüllfabrik Mehlteuer A.-G. in Oberpörlitz i. B. verteilt auf Vorzugsaktien 15%, auf Stammaktien 13% Dividende.

Die Norddeutsche Futespinnerei und Weberei in Hamburg schlägt für die Vorzugsaktien 13% und für die Stammaktien 10% Dividende vor.



Die Nichtenberger Wollfabrik in Berlin-Nichtenberg beteiligt für 1918 7,5%. Das Aktienkapital der Firma wird von 600.000 M. auf 1.600.000 M. erhöht. Die Erhöhung dient fast ausschließlich zum Zwecke des Aufbaus der Spinnerei und Weberei Carl Woll in Gorf i. S.

Der Firma J. Esbach u. Co. A.-G. in Herford verbleibt nach recht erheblichen Abschreibungen ein Reingewinn von 978.606 M., aus dem, wie im Vorjahre, 12% Dividende verteilt werden. Das Aktienkapital beträgt 3 Millionen M.

## Aus unserer Bewegung.

### Organisations- und Gewissenszwang.

Gegen den Organisationszwang wendet sich die „Metallarbeiter-Zeitung“, das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, in einer seiner letzten Nummern. Das Blatt schreibt:

„Darum wollen wir nach wie vor für die Ausbreitung und Verstärkung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wirken; wir wollen aber keine Zwangsmaßnahmen gegen solche Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen anwenden, die sich unseren Reihen nicht anschließen wollen. Wer nicht aus Überzeugung zu unserem Verbande kommt, der bleibe lieber fern.“

Es ist zwar verständlich, daß Verbandmitglieder in diesem Punkte anderer Meinung sind. Sie hegen einen berechtigten Ekel gegen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die der Verband erringt, sich sehr gerne gefallen lassen. Ohne auch nur das geringste Opfer dafür zu bringen, die da ernten, ohne gesät zu haben. Selbstverständlich dürfen wir keine Mittel unverbraucht lassen, solche Leute aufzuklären und ihnen nachzuweisen, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch vollkommener sein könnte, wenn auch sie in die Reihen ihrer lästigen Verbände eintreten. Einen Zwang auf solche Leute auszuüben, hat aber, wie gesagt, keinen Wert. So etwas überläßt man besser den Geibern. Wie diese es an manchen Stellen getrieben haben, davon weiß ein Teil unserer Verbandesmitglieder ein Lied zu singen.“

Wir sind mit der „Metallarbeiter-Zeitung“ darin einig, daß es besser ist, die Unorganisierten aufzuklären und dieselben auf diesem Wege für die Organisation zu gewinnen. Damit kommt man auch eher zu einer überzeugten und treuen Anhängerschaft. Allerdings kann man es auf der anderen Seite auch durchaus verstehen, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht länger zusehen wollen, daß viele, welche die Früchte der Arbeiter-Organisation mitgenießen, sich an den Opfern für die Organisation vorbeidrücken wollen. Einen Zwang wird man aber trotz alledem nicht befürworten können.

Im Zusammenhang damit muß aber auch ausgesprochen werden, daß kein Gewissenszwang auf andere Organisierte ausgeübt werden darf. Es ist höchst verwerflich, wenn heimlich organisierte Arbeiter durch Zwang veranlaßt werden sollen, in sozialdemokratische Organisationen beizutreten. In manchen Orten scheinen sozialdemokratisch organisierte Arbeiter dieses noch nicht begriffen zu haben. Auch unseren Mitgliedern sind hier und da, besonders in Süddeutschland, Schwierigkeiten gemacht worden. Es muß dafür gesorgt werden, daß jeder Gewissenszwang, der sich mit Demokratie nicht vereinbaren läßt, unterbleibt.

## Aus unseren Bezirken.

### M.-Gl.-Bach.

Eine außerordentliche Konferenz von Mitarbeitern unseres Verbandsbezirks fand am Sonntag, den 16. März, im Konferenzsaale des Allgemeinen Konsumvereins „Eintracht“ in der Mühlenstraße zu M.-Gl.-Bach statt. An derselben nahmen außer den freiwilligen Kollegen noch über 120 Vorstandsmitglieder, Vertrauenspersonen, Arbeiterauschusmitglieder und sonstige Mitarbeiter teil. Die Verhandlungen wurden geleitet von unserem Bezirksvorsitzenden Kollegen G. Müller, der in seiner Eröffnungsansprache mit warmen Worten der gefallenen, sowie der noch in Lagaretten und in Gefangenschaft befindlichen Mitglieder gedachte. Einem kurzen Bericht über den derzeitigen Stand unseres Verbandsbezirks war zu entnehmen, daß der Verband in den letzten Wochen und Monaten mehrere tausend neue Mitglieder gewonnen hat.

Die Tagesordnung der Konferenz umfaßte folgende Beratungsgegenstände: 1. Wiederaufbau des Verbandes im Bezirk M.-Gl.-Bach, 2. Notwendigkeit der Neuorganisation und agitatorischen Tätigkeit der Arbeiterauschusmitglieder. Ueber den ersten Punkt berichtete Kollege Jörissen. Er begründete in überzeugender Weise die Notwendigkeit, die Ortsgruppenvorstände und den Vertrauensmännerapparat zu vervollständigen. Der wichtigste Faktor wäre hierbei die Gewinnung und Heranbildung geeigneter junger Kräfte. Diese müßten es verstehen, die Mitglieder für die Bestrebungen des Verbandes zu interessieren. Redner empfahl die Abhaltung regelmäßiger gemeinsamer Sitzungen des Vorstandes und der Vertrauenspersonen mit ganz kurzen Vorträgen. Zwischen Sekretären und Vorstandsmitgliedern müßte eine innigere Verbindung bestehen. Auf die Heranziehung von Kolleginnen als Vertrauenspersonen müßte mehr Wert gelegt werden. Die bewährten Agitations- und Arbeiterinnenkommissionen müßten in den Ortsgruppen wieder neu aufleben. Auch zu dem Mittel der Passivorganisation müßte wieder gegriffen werden. Schreiere müßten nur entsprechend den veränderten Verhältnissen umgestellt werden. Redner beauftragte dann das Exekutiv-Komitee der Vertrauenspersonen und sich selbst mit einem wirkungsvollen Appell zur geistigen Schulung und Fortbildung aller Mitarbeiter.

Den zweiten Beratungsgegenstand behandelte der Kollege Jäger, der einleitend als Hauptaufgabe der Gewerkschaft die Verbesserung der Lohn- und

Arbeitsbedingungen bezeichnete. Ideelle Ziele könnten wir nicht verfolgen, wenn wir nicht auch dafür sorgten, daß auch die materielle Lage verbessert würde. Die Gewerkschaften griffen in die Betriebe nicht direkt ein. Vermittlungsinstanzen wäre der Arbeiterauschus. An größere und kleinere Kassen kämen wir in der nächsten Zeit nicht vorbei. An einen Abbau der Löhne könne erst gedacht werden, wenn die Preise für Lebensmittel und für die notwendigsten Gebrauchsartikel gesunken seien. Redner verbreitete sich dann über die Organisation und die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse. Bezüglich des Verhältnisses der Organisation zum Arbeiterauschus beauftragte Redner die Abhaltung regelmäßiger Konferenzen der Arbeiterauschusmitglieder. Die Ausschüsse sollen gemeinschaftlich statistisches Material sammeln, erstens um bei Betriebsversammlungen Bericht zu erstatten, zweitens um das gesammelte Material der Verbandsleitung zustellen zu können. Die Organisation soll die Arbeiterauschüsse als ein Glied des Ganzen betrachten, regelmäßig mit den Ausschüssen zusammenkommen und gemeinsam mit ihnen überlegen über alle wichtigen Verbandsmassnahmen.

Im Sinne der beiden Berichterstatter äußerten sich in der nun folgenden freien Aussprache nachfolgende Konferenzteilnehmer: Lorenz Rhegdt, Anna Janzen-Eiden, Baines-Beitrah, Debat-Hardterbroich, Katharina Klau-Holt, Habertam-Birrio, Götz-Odenfischen, Rauh, Meinerz und Herms, letztere aus M.-Gl.-Bach. Nachfolgend aufgeführte Anträge des Arbeiterauschusses an die Konferenz wurden einstimmig angenommen:

Die am 16. März 1919 im Konferenzsaale des Allgemeinen Konsumvereins „Eintracht“ zu M.-Gl.-Bach tagende außerordentliche Konferenz aller Mitarbeiter des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Bezirk M.-Gl.-Bach, macht allen Ortsgruppen die Abhaltung von Ortsgruppengeneralversammlungen bis spätestens 13. April 1919 zur Pflicht. In diesen Generalversammlungen sind die Ortsgruppenvorstände neu- bzw. wiederzuwählen. Zum Zwecke der späteren Bildung von Agitations- und Arbeiterinnenkommissionen haben alle Vorstände und Vertrauenspersonen die genauen Adressen geeigneter und besonders junger Kolleginnen und Kollegen festzustellen und diese gesammelt bei der Geschäftsstelle abzuliefern.

Durch die Vertrauensleute sind die genauen Adressen solcher Mitarbeiter zu sammeln und an die Geschäftsstelle weiterzugeben. Die in einem Arbeiterauschus hineingewählt worden sind. Gleichzeitig ist die Firma mitanzugeben, bei der das betreffende Arbeiterauschusmitglied beschäftigt ist.

Alle Konferenzteilnehmer verpflichten sich, nach besten Kräften an dem Wiederaufbau des Verbandes mitzuarbeiten und unablässig für die weitere Ausbreitung und Stärkung des Verbandes tätig zu sein.

Die Konferenz erteilt ihr Einverständnis mit dem Beschlusse der Vorstandskonferenz vom 23. März 1919 betreffend Bildung eines Bezirksarbeitsauschusses. Dazu wurden gewählt die Kollegen: Jörissen-Windberg, Eber-Holt, Thomassen-Hardterbroich, Baines-Beitrah, Pardon-Sonn, Joh. Eber-Birrio, Wapert-Eiden und die Kolleginnen: Anna Janzen-Eiden, Katharina Klau-Holt und Gertrud Klagen-Rhegdt.

Die Verhandlungen der Konferenz nahmen einen in allen Teilen überaus befriedigenden Verlauf. Darum darf wohl mit vollem Rechte erwartet werden, daß nunmehr auf der ganzen Linie ein zage gewerkschaftliches Leben einsetzt. Wenn alle Mitarbeiter unseres Bezirks nicht nur der Kongenierung von Mitgliedern, sondern auch der Erhaltung der Gewonnenen ihr besonderes Augenmerk zuwenden, dann wird die Konferenz ein Meilenstein in der Geschichte unseres Verbandsbezirks bilden.

## Berichte aus den Ortsgruppen.

**Kempen.** Das jahrelangen Bemühungen verjagt blieb, die Arbeiterheit der Kempenen Textilbetriebe für die Organisation zu gewinnen, hat sich jetzt fast von selbst verwirklicht. Die außerordentlich geringen Löhne, welche von der Arbeiterheit erzielt werden, haben außer den Bes schon genügt, seit rund 100 sind dies bei unserem Verbandsbezirk. Jetzt müßten die Betriebsräte eine baldige Erhöhung ihres Einkommens. Diese Forderung ist mehr wie berechtigt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bredt sind in Tagelohn beschäftigt und erhalten ältere Weber und Weberinnen für 47 1/2 Stunden Arbeitszeit wöchentlich 25 M., die aber auch schon achtzehn Jahre alt sind, 1960 M. Sozialrenten, zwanzig Jahre alt und darüber verdienen 19,50 M., Kinderinnen 22,40 M., Schwestern 19,60 bis 22,40 M. usw. Bei der Firma Schäfer, Gross stehen die Arbeiterlöhne bedeutend tiefer wie in ähnlichen Betrieben in Utrecht, und ist demgemäß der Verdienst auch bedeutend geringer. Solche Löhne sind unverständlich in der heutigen Zeit. Wie die Arbeiterheit es anlangt, um sich damit durchzuschlagen, ist rätselhaft. Die Forderungen der Arbeiter sind den Firmen bereits gestellt und werden diese sich denselben nicht verschließen können.

**Oberbruch.** Ein Wort an die Eltern! Zahlreich sind die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen die hier in den letzten Wochen und Monaten unseren christlichen Textilarbeiterverband beigetreten sind. An die Eltern dieser jungen Mitglieder sind nachstehende Zeilen gerichtet, da die Eltern die bis jetzt hier abgehaltenen Aufklärungsversammlungen gar nicht oder nur zu einem kleinen Teil beiraten konnten. Ueber den Wert der Gewerkschaft besprechen vielfach bei manchen Eltern noch ganz verkehrte Ansichten. Ziele sind der ganz irigen Meinung, die Verbandsbeiträge würden für eine nutzlose Sache gewährt. Ganz abgesehen davon, daß heute Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert sind, von denen man doch ganz gewiß nicht annehmen kann, daß sie aus Dummheit ihre Wochenbeiträge für eine nutzlose Sache zahlen, ist auch auf den Umstand, der Verband bringe doch nichts zuwege, folgendes zu sagen: Bevor der Organisationsgedanke unter der deutschen Arbeiterheit sich verbreiten konnte, war es notwendig, die Arbeiterheit zu überzeugen, daß die Gewerkschaft die Verbesserung der Lohn- und

Lohn- und Arbeitsverhältnisse, eine Arbeiterheit, die klumpförmig dahin vegetierte, dem körperlichen, geistigen, sittlichen Verfall entgegenzuwirken. Arbeiter, die sich des Wertes der von ihnen geleisteten Arbeit und deren Bedeutung im heutigen Wirtschaftsleben nicht bewußt, die — entrachtet und verachtet der Willkür ihrer Vorgesetzten und des Unternehmers preisgegeben waren. Das nur mangelhaft entwickelte Ehrgefühl und Standesbewußtsein machte eine Behandlung — im Geiste der Arbeiterinnen — möglich, die je nach der dem Berufsstandeswert des Arbeiters vermessen lie. Dazu kamen die Überforderungen der geistlichen Arbeiterbildungsvereine, die Fortentwicklung der Mitverwaltung der Krankenkassen und der von diesen zu leistenden Unterstützungen usw.

Was hat die Organisation bei uns in Deutschland nun auf all den Gebieten nicht schon geleistet? Welch verdienstvolle Tat heftet nicht allem daran, daß sie diese Arbeiter aus ihrem dumpfen, hoffnungslosen Dornengebüsch, aus ihrer kulturwidrigen Bedürfnislosigkeit aufgerüttelt, ihnen den Glauben an die eigene Kraft widergegeben und damit die Voraussetzung zum wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Aufstieg dieser Arbeiterheit geschaffen hat? Wer vormag den Wert dieser überaus mühseligen Pionierarbeit zu messen? Und gerade diese unbedingte ständige Pionierarbeit, diese Erziehung der Massen, die an sich schon den Kern einer langjahren, aber stetigen Umwandlung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in sich birgt, wird von der Arbeiterheit viel zu wenig gewürdigt.

Und wie viel ist nicht schon an direkten Vorteilen erreicht worden? Wir wollen gerührt über die Freiheit und auch die vielfach so traurigen Verhältnisse der Textilarbeiter nicht in rosa Farben malen, aber manches ist doch bereits besser geworden. Vergleichen wir nur Arbeitslohn, Lohnberechnung und Arbeitszeit gegen früher, dann finden wir auf den ersten Blick, daß die Vertragskassen mancher Eltern eine ganz böse Sache ist. Manche wollen lieber die „Kroschen“ sparen! Ich mein's nur wahr wäre! Tausende Arbeiterkinder haben schon früher diese falsche Sparmaßnahme erlebt und sich selbst, ihre Familien und die Mitarbeiter ihrer Kinder dadurch um viele Hundert Mark betrogen. Wie leicht ist es zu der starken Arbeiterorganisation, eine Lohnreduktion zu verheißen, denn eine Lohnreduktion durchzuführen! Ein Lohnunterschied von 10 Prozent macht 70 bis 120 Mark pro Jahr, das ist vier bis sechs mal so viel als der Verbandsbeitrag. Also nicht auf falsche Art „sparen“.

Ihr Eltern könnt auch nicht wollen, daß eure Kinder achtlos und verständlos an der großen, modernen christlichen Arbeiterbewegung vorbeigehen. Sollen sie in den Trübsal und Sumpf der armen Masse untergehen? Kein höheres Ziel sein, als mechanische Arbeit, stumpfe und öde Erholung, ohne edlere Anregung, ohne ein ideales Ziel?

Darum ihr Eltern! Gebt dem schlechten Beispiel! Denkt an eure so wichtigen Erziehungsaufgaben! Eure Söhne und Töchter sollen den besten, fruchtbringendsten, tüchtigen Arbeiter, Menschen in möglichst gesicherter und geachteter Lebensstellung werden. Beachtet die taubend Gefahren, die eure Kinder im täglichen Industriegebrauch und Maschinengeräusch umgeben. Sollen sie darin hingerichtet werden, dann geht sie unter den Schirm und Schutz des christlichen Textilarbeiterverbandes. Der Verband kämpft gegen ständige Unterwürfigkeit, er will Macht und Freiheit, er will die Jugend, will eure Kinder schützen, ihnen heilfroh im Kampf des Lebens. Eltern, schaut darum die geringen Opfer nicht — sie rentieren sich fernerhin — der beste Anwalt eurer Kinder ist und bleibt der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

## Ehren-Tafel.

Peter Schouren, Holt, Jos. Willekes, Harbt, Heim. Dorpenkamps, Neuwert, Peter Schäfer, Hendt, Heim. Knops, Rhegdt, Wilhelm Birtel, M.-Gl.-Bach-Vermaes.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten!

## Sterbe-Tafel.

Magdalena Berlinben, M.-Gl.-Bach-Windberg, Johann Schimidart, M.-Gl.-Bach-Waldhausen, Heim. Peters, M.-Gl.-Bach-Eiden, Ferdinand Wilmis, Windberg, Maria Pache u. M.-Gl.-Bach-Waldhausen, Engelbert Penjeler, M.-Gl.-Bach-Beitrah.

Ehre ihrem Andenken!

## Versammlungskalender.

**Kempen.** Die Aufschaltungen der Unterstützungen finden vom jetzt ab nicht mehr Sonntags morgens, sondern jeden Freitags abend von 6-7 1/2 Uhr statt.

## Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Durch Arbeit zur Siedlung und Brot — Eine bedeutende Rede in Weimar. — Unsere Kollektorenführung. — Bohnensammler. — Allgemeine Rundschau: Die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland. — Nach wie vor Kleidernot. — Mehr Justiz von der Gewerkschaften aus dem Arbeiterstande. — Mittel zur Bekämpfung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft. — Aus unserer Industrie. — Die Regierung zu den Aussichten in der Textilindustrie. — Kampf gegen den Schleichhandel im Wollgewerbe. — Einführung der Lohnrechnung in der gesamten Textilindustrie. — Die Rentabilität der Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung. — Organisations- und Gewissenszwang. — Aus unseren Bezirken: Kempen. — Oberbruch. — Ehren- und Sterbe-Tafel. — Versammlungskalender.

Beauftragter für die Schriftleitung: J. Müller, Krefeld.